

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Institut für Konjunkturforschung

WOCHEN BERICHT

34. Jahrgang

Berlin, den 13. Januar 1967

Nummer 2

Der private Verbrauch in der Bundesrepublik im zweiten Halbjahr 1966

In der zweiten Jahreshälfte 1966 haben sich in der Nachfrage der privaten Haushalte Auswirkungen der allgemeinen konjunkturellen Abschwächung gezeigt. Es liegen zwar bisher erst Daten zur Beurteilung der Entwicklung im dritten Quartal vor, einige weitere Informationen — vorwiegend aus dem Einzelhandel — lassen jedoch Schlußfolgerungen über die Entwicklungstendenz bis zum Jahresende zu.

Die Erhöhung des privaten Verbrauchs, die 1964 zuerst zögernd, dann seit Mitte 1965 schnell den sich beschleunigenden Einkommenssteigerungen gefolgt war, hatte Anfang 1966 mit einer Wachstumsrate von über 10 vH den Kulminationspunkt erreicht. Der Verbrauch war schließlich rascher als die Einkommen gewachsen, aber im Verlaufe des Jahres paßten die Haushalte ihre Ausgabensteigerungen allmählich der nachlassenden Einkommensentwicklung an. Unter starken monatlichen Schwankungen ermäßigte sich das Wachstum der Verbrauchsausgaben im Vergleich zum Vorjahr vom ersten bis zum dritten Quartal von 10,7 vH über 7,8 vH auf 6,4 vH; es wird im vierten Quartal knapp 5 vH betragen haben. Immerhin übertraf es während des ganzen Jahres die Expansionsraten des Sozialproduktes sowie der verfügbaren Einkommen. Gegen Jahresende jedoch scheinen die allgemein pessimistische Beurteilung der wirtschaftlichen Lage, wiederholte Berichte über Kurzarbeit und wachsende Arbeitslosigkeit in einigen Industriebereichen sowie teilweise Kürzungen von Weihnachtsgratifikationen die Verbraucher zu größerer Zurückhaltung in ihrer Ausgabengestaltung veranlaßt zu haben.

Von Januar bis Juni 1966 gaben die Haushalte mit 130 Mrd. DM knapp 11 Mrd. DM¹⁾ mehr für Konsumzwecke aus als 1965; ihre verfügbaren Einkommen haben in der gleichen Zeit nur um etwas mehr als 9 Mrd. DM zugenommen. Im zweiten Halbjahr werden vermutlich die Mehreinnahmen und Mehrausgaben in annähernd gleicher Größenordnung von schätzungsweise 7,5 Mrd. DM zugenommen haben. Damit stieg die Verbrauchsquote²⁾ — gemessen am verfügbaren Einkommen — 1966 erstmalig seit mehreren Jahren wieder, und der Anteil der Ersparnisse an der Verwendung der verfügbaren Einkommen sank wie in der konjunkturell ähnlichen Phase 1962. Im zweiten Halbjahr hat sich aber die marginale Sparneigung nicht weiter verringert. Allerdings lassen Sondereinflüsse wie die Ausgabe der VEBA-Aktien im Herbst 1965 oder die Reaktionen auf die erwartete Einschränkung der Sparförderung im Jahre 1966 die herrschenden Tendenzen gegenwärtig nicht klar erkennen. Ebenso ist schwer abzumessen, in welchem Umfang die Spartätigkeit durch Preissteigerungen — die sich vor allem auf den unelastischen Bedarf konzentrierten — behindert wurde.

Die Entwicklung in den Bedarfsbereichen

Im Vorjahrsvergleich wurden die Aufwendungen für *Wohnungsnutzung* (einschl. Heizung und Beleuchtung) wie schon im ersten Halbjahr relativ am stärksten erhöht (rd. 12 vH). Maßgeblich hierfür waren vor allem die Mietpreissteigerungen. Sie betrugen für das

¹⁾ Diese Zahl ist gegenüber der im Wochenbericht des DIW Nr. 34/1966 veröffentlichten nachträglich berichtigt.

²⁾ S. Wochenbericht des DIW Nr. 12/1964.

Der private Verbrauch in der Bundesrepublik¹⁾

	1965		1966		1965		1966			
	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Werte in Mrd. DM										
Nahrungs- u. Genußmittel ²⁾ . .	41,4	46,8	44,5	·	22,5	24,3	21,4	23,1	23,5	·
Kleidung, Schuhe	13,7	17,1	14,7	·	7,0	10,1	6,8	7,9	7,3	·
Wohnung ³⁾	16,7	17,5	19,1	·	8,4	9,1	9,9	9,2	9,4	·
Sonstige Waren und Dienstleistungen ⁴⁾ . . .	47,3	54,6	51,7	·	25,0	29,6	25,0	26,7	26,7	·
Insgesamt	119,1	136,0	130,0	143,6	62,9	73,1	63,1	66,9	66,9	76,7
Zuwachs gegenüber dem Vorjahr in vH										
Nahrungs- u. Genußmittel ²⁾ . .	6,9	9,3	7,5	·	9,2	9,4	8,8	6,4	4,4	·
Kleidung, Schuhe	12,0	10,2	7,5	·	15,0	7,1	12,6	3,4	4,9	·
Wohnung ³⁾	8,8	10,7	14,5	·	10,8	10,6	15,0	14,0	11,8	·
Sonstige Waren und Dienstleistungen ⁴⁾ . . .	10,2	10,1	9,2	·	9,7	10,5	10,2	8,3	6,8	·
Insgesamt	9,0	9,9	9,2	5,6	10,2	9,7	10,7	7,8	6,4	5,0

¹⁾ Berechnung des DIW, einschl. Berlin (West); vorläufig. — ²⁾ Einschl. Verzehr in Gaststätten. — ³⁾ Einschl. Heizung und Beleuchtung. — ⁴⁾ Einschl. Eigenverbrauch der privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter.

dritte Quartal wie für den Durchschnitt des ganzen Jahres rund 10 vH. Daran gemessen fielen gewisse Einsparungen beim Brennstoffbedarf wegen der milden Witterung und niedriger Heizölpreise nicht sehr ins Gewicht. Insgesamt wurde in diesem Bedarfsbereich im dritten Quartal rd. 1 Mrd. DM mehr als im Vorjahr, also ein Viertel der gesamten Mehrausgaben, aufgewendet; nur etwa 400 Mill. DM davon entfielen auf die reale Verbrauchssteigerung. Bis zum Jahresende haben sich keine wesentlichen Änderungen in der Entwicklungstendenz ergeben.

Mit Zuwachsraten zwischen 4 bis 5 vH gegenüber Vorjahr blieben dagegen die Ausgaben in den Bereichen Nahrungs- und Genußmittel sowie Bekleidung und Schuhe hinter der Entwicklung des gesamten Verbrauchs zurück. Beachtet man jedoch, daß die außergewöhnlich starke Erhöhung der *Bekleidungs Ausgaben* vom vorigen Jahr bis in das diesjährige Frühjahr hinein anhielt, ist die abgeschwächte Entwicklung nicht so schwerwiegend, zumal die witterungsbedingten Voraussetzungen — kühler Sommer, warmer Herbst, milder Winterbeginn — für eine weitere Verbrauchsausdehnung denkbar ungünstig gewesen sind. Eine längerfristig wirksame Verhaltensänderung der Verbraucher kann daraus nicht gefolgert werden, auch wenn die nominalen Umsätze im Einzelhandel mit Bekleidung im Durchschnitt der Monate Oktober und November nur noch dem Vorjahrsstand entsprachen und für das vierte Quartal damit ein Rückgang des realen Verbrauchs wahrscheinlich ist.

Im Bedarfsbereich *Nahrungs- und Genußmittel* setzte sich mit dem Zuwachs von 4,4 vH die bereits im ersten und zweiten Quartal beobachtete Dämpfung der Ausgabensteigerung kontinuierlich fort. Im wesentlichen erklärt sich dies durch kräftige Preissenkungen — vor allem bei pflanzlichen Produkten. Sie sind etwa bis Mai um durchschnittlich

11 vH teurer als 1965 gewesen. Infolge günstiger Ernten fielen ihre Preise jedoch bis zum dritten Quartal auf 84 vH des Vorjahrsniveaus. Dadurch wurden nicht nur Preiserhöhungen bei anderen Waren, z. B. Brot und Fleisch, kompensiert, sondern es entstand auch Spielraum für die Erhöhung des realen Verbrauchs. Vermutlich wird sich der Ausgabenzuwachs im vierten Quartal weiter abschwächen; der Lebensmitteleinzelhandel meldete im Durchschnitt der Monate Oktober und November um 2,6 vH höhere Umsätze als im Vorjahr.

Auf alle übrigen Bedarfsbereiche entfallen rd. 40 vH der gesamten Verbrauchsausgaben. Die Nachfrage war hier 1965 um über 10 vH gestiegen. Ihre Entwicklung blieb 1966 weiterhin sehr rege, allerdings mit gleichmäßig abnehmenden Zuwachsraten und einigen Differenzierungen in den einzelnen Bereichen. Immerhin wurden von Juli bis September insgesamt 1,7 Mrd. DM (6,8 vH) mehr als 1965 ausgegeben. Der größte hier einbezogene Bedarfsbereich, die *Haushaltsführung*, zeichnet sich durch eine bemerkenswert stabile Entwicklung aus. Einer Fortschrittsrate der Ausgaben für Waren und Dienste dieser Gruppe von 9,1 und 8,7 vH in den beiden Halbjahren 1965 folgten 8,0 vH im ersten Halbjahr 1966 und fast 8 vH im dritten Quartal. Da gleichzeitig die Preisindexziffer für die Lebenshaltung in dieser Verwendungsgruppe für den bisherigen Verlauf des Jahres 1966 eine rückläufige Preissteigerungstendenz ausweist (+ 2,7 vH im ersten und + 1,8 vH im dritten Quartal), kann von einer leicht beschleunigten Zunahme der realen Nachfrage gesprochen werden. Jedenfalls scheint im dritten Quartal die Neigung der Haushalte zur laufenden Vervollkommnung ihrer Haushaltsausstattung grundsätzlich noch nicht beeinträchtigt gewesen zu sein. Besonders rege Nachfrage herrschte nach Möbeln, Keramik und Glaswaren. Dagegen verlang-

samte sich die Nachfrageentwicklung trotz niedrigerer Preise im Einzelhandel mit Öfen, Kühlschränken, Waschmaschinen u. ä., also vor allem elektrischen Großgeräten des Haushalts. Dies könnte ein Zeichen dafür sein, daß die Haushalte gerade bei den Waren, wo bereits ein erheblicher Sättigungsgrad erreicht ist, beginnen, etwas vorsichtiger über ihre Einkommen zu disponieren.

Im vierten Quartal hat allen Anzeichen nach der Verbrauch an Waren und Diensten für die Haushaltsführung mit an der Spitze der Entwicklung gestanden. Die Umsätze in den betreffenden Einzelhandelszweigen übertrafen im Durchschnitt der Monate Oktober und November den Vorjahrsstand um etwa 8 vH, ihr Zuwachs war damit mehrfach stärker als in den anderen Gruppen des Einzelhandels.

Mit jeweils etwa 7 vH sind im dritten Quartal die Ausgaben für die Bedarfsbereiche *Körper- und Gesundheitspflege* sowie *Bildung und Unterhaltung* erhöht worden. Für beide hat sich das Fortschritts-tempo gegenüber dem Vorjahr deutlich verlangsamt, doch im Verhältnis zur Entwicklung der verfügbaren Einkommen sind die Ausgaben noch überproportional gestiegen. Allerdings haben beträchtlich erhöhte Preissteigerungen für Dienstleistungen sowie z. B. auch für Pharmazeutika den mit der Körperpflege zusammenhängenden Verbrauch so stark verteuert, daß er sich real gegenüber dem dritten Quartal 1965 kaum verändert hat; etwas günstiger liegen die Verhältnisse bei dem Bedarf an Waren und Diensten für Bildung und Unterhaltung.

Besonders auffallend verlangsamte sich die Verbrauchsexpansion im Bedarfsbereich *Verkehr und Nachrichtenübermittlung*. Die Ausgabensteigerung der Haushalte war im dritten Quartal kaum noch halb so groß wie vor einem Jahr, während sie zwischen Januar und Juni 1966 mit rd. 12 vH das gleiche Tempo wie 1965 erreicht hatte. Der wesentliche Einfluß auf diese Entwicklung ging von der Ausstattung der privaten Haushalte mit Kraftfahrzeugen aus, deren Fortschritt seit der Jahresmitte 1966 stark gedämpft wurde. Spezielle Anlässe für eine derartige Nachfrageabschwächung, z. B. angekündigte Typenänderungen, bestanden damals nicht. Es ist vielmehr zu vermuten, daß die Verbraucher im Hinblick auf die seit dem Sommer diskutierten Veränderungspläne für die Besteuerung der Pkw-Haltung und die Ungewißheit über den Fortgang der wirtschaftlichen Entwicklung eine abwartende Haltung eingenommen haben. Die Jahreszuwachsraten der verfügbaren Indikatoren betrugen im ersten bis dritten Quartal bei den Umsätzen des Einzelhandels mit Kraftfahrzeugen 14,6 vH, 2,6 vH und 0,3 vH; bei Zulassungen fabrikneuer Pkw 19,5 vH, — 2,6 vH

und — 2,9 vH; bei den Umschreibungen gebrauchter Pkw 17,8 vH, 6,9 vH und 5,0 vH. In den Monaten Oktober und November werden stärkere negative Veränderungs-raten ausgewiesen, die aber im Zusammenhang mit einer sehr günstigen Entwicklung des Vorjahres zu betrachten sind. Rückblickend bleibt für 1966 festzustellen, daß die private Motorisierung im Durchschnitt des ganzen Jahres etwa die gleiche Ausdehnung wie schon im Vorjahre erreicht hat. — Die Nachfrage nach Leistungen der öffentlichen Verkehrsunternehmen hat sich ohne wesentlichen Veränderungen entwickelt. Auch die erheblichen Tarifierhöhungen im Postdienst haben zu keiner merklichen Beschleunigung im Ausgabenwachstum geführt.

Ausblick

Nach vorläufigen Schätzungen hat der private Verbrauch im Jahre 1966 nominal um rd. 7 vH zugenommen. Dabei hat sich im Laufe des Jahres ein Tendenzumschwung im Wachstumstempo vollzogen; die privaten Verbrauchsausgaben wurden zunehmend der sich abschwächenden Einkommensentwicklung angepaßt. Dieser Prozeß wird auch in den nächsten Monaten anhalten und sich gegebenenfalls bei fortschreitender Verschlechterung der Beschäftigungslage und weiterhin nachlassenden Einkommenswachstum verschärfen. In welchem Maße dies zu einer stärkeren Belastung der Entwicklung des realen Verbrauchs führen wird, ist noch nicht zu übersehen.

Die Steigerung des Preisniveaus für den privaten Verbrauch hatte im ersten Halbjahr ihren Höhepunkt erreicht. Es lag um durchschnittlich 4,2 vH über dem entsprechenden Vorjahresstand. Der reale Verbrauchsanstieg betrug in dieser Zeit 4,8 vH, also nur reichlich die Hälfte der nominalen Verbrauchsausdehnung. Nach den gegenwärtig bekannten Daten kann angenommen werden, daß die Ausgabensteigerung von etwa 7 vH im ganzen Jahre 1966 zur Hälfte auf eine reale Verbrauchserhöhung und zur anderen Hälfte auf Preiserhöhungen entfallen ist. Die inzwischen für 1967 angekündigten Veränderungen in der Besteuerung von Mineralöl, Tabakwaren, Branntwein und der privaten Pkw-Haltung werden — bei unverändertem Verbrauch — zu einer zusätzlichen Preiserhöhung von überschlägig bis zu 0,5 vH des Gesamtverbrauchs führen. Das jetzt erreichte hohe Preisniveau, insbesondere bei Mieten und Dienstleistungen, wird eine positive Zuwachsrate der Verbraucherpreise bis weit in das Jahr 1967 hinein nach sich ziehen. Bei insgesamt stark abgeschwächter Entwicklung von Einkommen und Verbrauch der privaten Haushalte wird daher die Preiskomponente im ersten Halbjahr 1967 kaum geringeres Gewicht — bezogen auf das Ausgabenwachstum — haben als bisher.

Der sowjetische Wohnungsbau

Die verbraucherfreundliche Wirtschaftspolitik der Nach-Stalin-Zeit kam neben den Bereichen Landwirtschaft und Konsumgüterproduktion — mit einem gewissen zeitlichen Abstand — auch dem Wohnungsbau zugute. Ein Beschluß des ZK der KPdSU vom 31. 7. 1957 stellte der Bauwirtschaft die Aufgabe, „in den nächsten 10 bis 12 Jahren die Wohnungsnot endgültig zu beseitigen.“

Dieses Ziel wird zwar in der angegebenen Zeit — also bis zum Ende dieses Jahrzehnts — nicht erreicht werden, aber unverkennbar hat sich nach 1957 die Situation im Wohnungswesen der Sowjetunion entscheidend und kontinuierlich verbessert, und zwar sowohl durch die rapide Beschleunigung des Bautempos als auch durch den Übergang zum Bau von abgeschlossenen Kleinwohnungen für den Bedarf einer Familie.

Entwicklung des Bauvolumens 1918 bis 1965

Die Wohnungspolitik des Sowjetstaates begann unmittelbar nach der Revolution mit der Beschlagnahme und Umverteilung des gesamten städtischen Wohnraums¹⁾. In dieser Zeit bildete sich die für viele Jahrzehnte typische, heute erst teilweise überwundene Wohnweise der sowjetischen Stadtbevölkerung heraus, nämlich die gemeinschaftliche Unterbringung mehrerer Mietparteien in einer Wohnung.

Die Neubautätigkeit war bis 1928 praktisch bedeutungslos. Nach dem Beginn der staatlichen Planwirtschaft 1929 beschleunigte sich das Bautempo, anfangs nur geringfügig, später immer mehr, nachdem der anhaltend starke Zustrom in die Städte, nach dem zweiten Weltkrieg dann auch der Verlust von Wohnraum durch Kriegszerstörung ein stärkeres Wachstum des Bauvolumens erzwangen.

Die Verteilung des gesamten Bruttozuges an Wohnfläche von 1918 bis 1965 zeigt bei einer Perioden-Aufgliederung von jeweils 8 bis 10 Jahren ein starkes Wachstum in der Nachkriegszeit mit deutlichem Schwerpunkt im letzten Jahrzehnt.

Bruttozugang an Wohnraum in Mill. qm (ohne Kolchose)

1918 bis 1928	42,9
1929 bis 1937	80,9
1938 bis 1945	91,8
1946 bis 1955	254,6
1956 bis 1965	720,7
1918 bis 1965	1190,9

Allein in den acht Jahren 1958 bis 1965 wurde mehr Wohnraum fertiggestellt als in 40 Jahren vorher.

Diese Entwicklung wird sich fortsetzen. Der gegenwärtige Fünfjahresplan 1966 bis 1970 sieht den Bau von Wohnhäusern mit einer Gesamtfläche von 480 Mill. qm vor, das sind 87 Mill. qm mehr als in den vergangenen fünf Jahren²⁾.

Alle angegebenen Zahlen beziehen sich auf den Bruttozugang an Wohnfläche in Städten, Arbeiter-siedlungen und Sovchosen, berücksichtigen also nicht den Kolchos-Wohnungsbau. Für die Stadtgebiete wurde erstmalig 1964 auch die jährliche Veränderung des Wohnungsbestands durch Zu- und Abgang von Wohnfläche sowie durch Umwandlung ländlicher in städtische Wohnbezirke (Eingemeindung) veröffentlicht. Dabei ergibt sich folgende Bilanz³⁾:

Neubau in Städten	57 459 000 qm
+ Eingemeindungen	3 556 000 qm
	61 015 000 qm

— Abriß alten Wohnraums

9 470 000 qm

Nettozugang an städt. Wohnraum .. 51 545 000 qm

Brutto- wie auch Nettozugang an Wohnfläche sind im Laufe des Siebenjahresplans (1959 bis 1965) allerdings zurückgegangen. Der Jahresnettozugang nahm von 64 Mill. qm (1959) auf 51 Mill. qm (1965) kontinuierlich ab. Die Bauwirtschaft konnte das zu Beginn des Siebenjahresplans angeschlagene Tempo nicht durchhalten und blieb ziemlich stark hinter dem Planziel zurück: statt der geforderten Bauleistung von 640 bis 660 Mill. qm wurden von 1959 bis 1965 nur 556,5 Mill. qm Wohnfläche gebaut. Dennoch reichte das Bauvolumen aus, um trotz der ständig wachsenden Stadtbevölkerung die Wohnraumversorgung zu verbessern. Der Wohnraum je Kopf der städtischen Bevölkerung hatte zwischen 1913 und 1955 bei 6 bis 7 qm und zeitweilig noch

Wohnraumversorgung der städtischen Bevölkerung in der UdSSR

Jahr	Städtischer Wohnraumfonds	Städtische Bevölkerung	Wohnfläche je städt. Einwohner
	Mill. qm	Mill. Pers.	qm
1913	180	28,5	6,3
1940	421	63,1	6,7
1950	513	71,2	7,2
1955	640	87,3	7,3
1958	832	97,8	8,5
1960	954	106,1	9,0
1963	1 130	116,8	9,7
1965	1 233	123,0	10,2
Quelle: Narodnoe Chozjajstvo 1964, S. 7, 610.			

1) Vgl. Albrecht Kruse: Der sowjetische Wohnungsbau. Sonderheft Nr. 58 des DIW. Berlin 1961.

2) Pravda vom 30. 3. 1966 und vom 6. 4. 1966.

3) Narodnoe Chozjajstvo SSSR 1964, S. 611.

darunter gelegen. Seitdem ist diese Kennziffer laufend gestiegen und liegt heute bei 10,2 qm. Damit ist wenigstens die international als Mindestbedarf anerkannte „hygienische Norm“ von 9 qm je Kopf der Bevölkerung erreicht und überschritten. Verglichen mit der Wohnraumversorgung westlicher Industrieländer bleibt die UdSSR freilich noch weit zurück: z. B. lag die Pro-Kopf-Quote der Bundesrepublik 1960 bei 19,4 qm⁴⁾ und war damit mehr als doppelt so groß wie die sowjetische im gleichen Jahr.

Verteilung der Wohnfläche

Ungefähr gleichzeitig mit der Erweiterung des Bauvolumens vollzog sich der Übergang zum Bau von abgeschlossenen Einfamilienwohnungen. Die bisherige Praxis, mehrere Familien in einer Wohnung unterzubringen, wurde 1959 aufgegeben, allerdings einstweilen nur für den neu zugehenden Wohnraum. Erst seit dieser Zeit weist die sowjetische Statistik den Umfang des Neubaus auch nach geschlossenen Wohneinheiten aus, während vorher nur der Zugang an Wohnfläche in qm angegeben wurde. In den Jahren 1959 bis 1965, also während der Laufzeit des Siebenjahresplans, lag der jahresdurchschnittliche Bruttozugang an Wohnungen bei 1,9 Mill. Einheiten⁵⁾. Die Gesamtleistung der Siebenjahrperiode von 13,3 Mill. lag wiederum unter dem Planziel, das 15 Mill. Wohnungen betrug.

Mit einem Wohnungszugang von 10 Wohnungen je 1000 Einwohner liegt die UdSSR 1965 zusammen mit der Bundesrepublik Deutschland an der Spitze der europäischen Länder⁶⁾. Bei diesem Vergleich ist allerdings die Durchschnittsgröße der Wohnungen nicht berücksichtigt, die in der Sowjetunion noch außerordentlich gering ist. Gerechnet nach qm neugebauter Wohnfläche je Einwohner nimmt daher die Sowjetunion keineswegs eine Spitzenstellung in Europa ein. Zum Beispiel hält sich seit 1959 die Durchschnittsgröße der sowjetischen Wohnungen — dem Planziel entsprechend — ziemlich konstant bei etwas mehr als 40 qm (1965 = 43,4 qm), während in der Bundesrepublik die Bruttowohnfläche je Wohnung von Jahr zu Jahr gestiegen ist und 1965 78,0 qm erreicht hat⁷⁾.

Eigentumsverhältnisse und Finanzierung

Privateigentum an Wohnhäusern ist in der Sowjetunion erlaubt und weit verbreitet. Zeitweilig — vor allem gegen Ende der fünfziger Jahre — wurde der private Wohnungsbau ausdrücklich gefördert. In den letzten Jahren hat das staatliche Interesse am privaten Wohnungsbau — mit der inzwischen verbesserten Wohnungsverorgung — nachgelassen.

In jedem Fall dürfen nur Wohnhäuser mit höchstens fünf Zimmern gebaut werden. Diese Häuser können vererbt und verkauft werden.

Der Anteil privater Eigentümer am gesamten städtischen Wohnungsbestand war bisher nur geringen Schwankungen unterworfen. Er hatte 1940 bei 37 vH gelegen. 1958 hat er — mit 40 vH — seinen bisherigen Höhepunkt erreicht und ist danach wieder auf 35 vH (1965) zurückgegangen.

Allerdings wird sich die nach 1958 zu beobachtende Abnahme des privaten Anteils vermutlich in Zukunft verstärken, da beim Neuzugang von Wohnfläche der Anteil des Privateigentums in den letzten Jahren stark zurückgegangen ist und 1965 nur noch 20 vH der fertiggestellten Wohnfläche erreichte — gegenüber 34 vH im Jahre 1958⁸⁾.

Auf der anderen Seite hat die Bedeutung der Wohnungsbaugenossenschaften in den letzten Jahren außerordentlich zugenommen, wobei unter Wohnungsbaugenossenschaft hier der Zusammenschluß mehrerer Parteien zum gemeinsamen Bau eines Wohnhauses mit Eigentumswohnungen zu verstehen ist.

Zugang an Wohnfläche, die von Wohnungsbaugenossenschaften finanziert wurde

1963	1,8 Mill. qm ⁹⁾
1964	4,8 Mill. qm ⁹⁾
1965	6,0 Mill. qm ¹⁰⁾
Plan 1970	18—24 Mill. qm ¹¹⁾

Bemerkenswert an dieser Entwicklung ist weniger die tatsächliche Bauleistung als vielmehr das bisherige und das geplante Wachstumstempo. Bei Einhaltung der Planziele wären die Baugenossenschaften 1970 mit rund 20 bis 25 vH am gesamten Wohnflächenzugang beteiligt, während sie 1965 nur knapp 8 vH erreichten.

Für die Finanzierung des Wohnungsbaus gibt es drei Quellen:

1. Mittel aus dem Staatshaushalt für die im Volkswirtschaftsplan der betreffenden Periode vorgesehenen Bauobjekte.

2. Mittel der staatlichen Betriebe. Dabei handelt es sich um Teile des Gewinns, die die Betriebe für den Bau von Werkwohnungen verwenden dürfen.

3. Mittel der Bevölkerung. Die private Wohnungsbaufinanzierung wird vom Staat durch die Gewäh-

4) Ergebnis der 1 % Wohnungserhebung von 1960. Die Ergebnisse der Wohnungsstichprobe von 1965 liegen noch nicht vor.

5) Berechnet nach: SSSR v cifrach 1965, S. 159/160.

6) Bundesbaublatt, Nr. 5/1966, S. 187.

7) Ebenda, S. 190.

8) Berechnet nach: SSSR v cifrach 1965, S. 159/160.

9) Nar. Choz. 1964, S. 609.

10) Pravda vom 3. 2. 1966.

11) Trud vom 31. 8. 1966.

rung langfristiger Kredite unterstützt, wobei die Kreditbedingungen bei genossenschaftlicher Bauweise etwas günstiger sind als beim individuellen Wohnungsbau. Mindestens 40 vH der Bausumme müssen die Mitglieder einer Baugenossenschaft aus eigenen Mitteln aufbringen, ehe der Staat die Baugenehmigung erteilt und die restlichen 60 vH kreditiert. Beim individuellen Wohnungsbau sind 50 vH Eigenmittel erforderlich. Die Laufzeit des Kredits liegt beim individuellen Wohnungsbau bei 7 bis 10 Jahren, beim genossenschaftlichen bei 10 bis 15 Jahren¹²⁾.

Insgesamt wurden im letzten Jahrfünft jährlich jeweils 7 bis 8 Mrd. Rubel im Wohnungswesen investiert. In den kommenden fünf Jahren sollen entsprechend dem geplanten Wachstum des Bauvolumens im Jahresdurchschnitt 9 Mrd. Rubel aufgebracht werden¹³⁾.

Kommunale Versorgung

Die städtebauliche Gesamtplanung der UdSSR umfaßt neben dem Wohnungsbau auch den Bau öffentlicher Gebäude (Schulen, Läden usw.) und den Ausbau kommunaler Einrichtungen (Verkehrsanlagen, Kanalisation). Die gesamten, für den Städtebau vorgesehenen Investitionsmittel sollen nach folgendem Schlüssel auf die einzelnen Ressorts verteilt werden¹⁴⁾:

Wohnungsbau 50 bis 55 vH
 öffentliche Gebäude 24 bis 25 vH
 kommunale Einrichtungen 21 bis 25 vH

Grundsätzlich sollen die öffentlichen und kommunalen Anlagen etwa gleichzeitig mit den Wohnsiedlungen gebaut werden, für die sie bestimmt sind; in der Praxis werden aber regelmäßig die Wohnungsbauvorhaben energischer vorangetrieben als die anderen Infrastrukturbauten, deren Fertigstellung oft jahrelang zurückbleibt. Hierdurch werden die Wohnbedingungen und der Wohnkomfort der Mieter in den betroffenen Arealen natürlich sehr beeinträchtigt¹⁵⁾.

Es ist daher nicht erstaunlich, daß ein großer Teil der sowjetischen Wohnungen noch recht primitiv ist.

Über den Anschluß der Wohnungen an das Netz der kommunalen Dienstleistungen liegen für 1961 amtliche Angaben vor, die sich allerdings nur auf den staatlichen und genossenschaftlichen Wohnungsbestand beziehen. Danach waren zwar alle Wohnungen mit Elektrizität versorgt, jedoch hatten nur 57 vH aller Wohnungen Anschluß an die kommunalen Einrichtungen der Wasserversorgung und Kanalisation. Gasanschluß hatten sogar nur 29 vH aller erfaßten Wohnungen¹⁶⁾.

Seit der Aufstellung dieser Zahlen sind fünf Jahre vergangen, in denen sich die Lage zweifellos gebessert hat. Ganz sicher gilt das für die Gasversorgung, über deren Ausdehnung Zahlen bis 1965 vorliegen.

**Zugang und Bestand an Wohnungen mit Gasanschluß
in 1000**

Jahr	Zugang	Bestand ¹⁾
1959	560	2 576
1960	752	3 328
1961	980	4 308
1962	1 090	5 398
1963	1 289	6 687
1964	1 520	8 207
1965	1 530	9 737

1) SSSR v cifrach 1965, S. 160.

Die Installierung von Gasanschlüssen in Wohnungen nimmt also laufend zu. Die Zahl der jährlich angeschlossenen Wohnungen lag aber auch 1965 mit 1,5 Mill. noch unter dem Bruttozugang an Wohnungen, der in allen Berichtsjahren um 1,9 Millionen schwankte.

Über die geplante Entwicklung im laufenden Fünfjahresplan gibt es nur sehr globale Angaben. Danach soll bis 1970 jede zweite städtische Wohnung Gasanschluß haben, der Verbrauch der Stadtbevölkerung an Elektrizität soll um 60 vH steigen und alle Städte sollen eine zentralisierte Wasserversorgung bekommen¹⁷⁾.

12) Finansovo-Kreditnyj Slovar'. Bd. I, S. 393, Bd. II, S. 472.

13) Pravda vom 30. 3. 1966.

14) Stramentov: Vvedenie v gorodskoe stroitelstvo. Moskau 1963, S. 166.

15) Pravda vom 23. 1. 1966, S. 3.

16) Ziliščnoe Stroitelstvo, Nr. 12/1963, S. 11.

17) Trud vom 31. 8. 1966.

Gegenstand	Gebiet	Einheit	1965			1966											
			Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
			22,0	21,4	22,8	21,5	20,8	23,3	20,0	20,8	21,2	22,0	23,7	22,8	22,0	21,4	
Anzahl der Arbeitstage																	
Industrie-Auftragseingang ^{1) 2)}	BRD *)	1954 = 100	D	283	278	266	245	252	306	274	273	267	250	241	o) 272	272	261
Grundstoff- u. Prod.-Güter-Ind. . . .	"	"	"	234	227	225	218	223	259	236	240	251	245	234	o) 236	234	234
Investitionsgüterindustrien	"	"	"	345	355	361	317	329	383	337	343	340	318	301	o) 342	336	320
Verbrauchsgüterindustrien	"	"	"	269	245	193	182	190	269	241	224	188	163	o) 230	240	217	
Industrie-Umsatz ³⁾	BRD	Mill. DM	S	83501	83509	83881	29504	29376	34937	31673	32355	33148	31227	31255	34925	33702	.
davon: Inlandsumsatz	"	"	"	28399	27714	28153	24723	24523	29113	26436	26921	27501	26096	26053	28988	27959	.
Auslandsumsatz	"	"	"	5102	5205	5728	4781	4853	5824	5237	5434	5647	5131	5202	5937	5743	.
Netto-Produktionsindex ⁴⁾	BRD *)	1958 = 100	D	166,8	170,7	158,0	150,6	156,2	161,8	168,4	167,5	168,2	153,0	141,7	o) 162,2	165,5	169,2
Industrie insgesamt	"	"	"	105,0	103,9	101,2	106,9	104,0	100,3	99,6	99,1	96,3	95,3	92,1	o) 95,6	95,9	98,8
Bergbau	"	"	"	185,2	184,5	166,8	168,4	177,6	188,4	191,8	195,4	197,7	187,4	179,3	o) 189,4	187,9	189,0
Grundstoff- u. Prod.-Güter-Ind. . . .	"	"	"	170,2	175,4	170,7	155,7	161,8	165,3	173,3	171,5	175,8	147,8	129,9	o) 161,5	164,4	169,7
Investitionsgüterindustrien	"	"	"	170,4	175,4	154,1	155,8	159,2	164,8	172,3	166,4	161,4	146,5	129,4	o) 165,1	168,8	170,8
Verbrauchsgüterindustrien	"	"	"	145,6	157,9	144,4	120,8	124,6	126,0	134,9	138,0	140,2	141,9	129,9	o) 136,8	149,6	153,6
Nahrungs- u. Genussmittel-Ind. . . .	"	"	"	176,7	203,0	193,6	206,0	188,2	188,3	183,0	163,9	156,5	153,4	148,4	o) 174,4	188,5	209,5
Energieversorgungsbetriebe	"	"	"	188,6	163,7	128,9	90,3	129,5	156,8	193,1	198,0	197,0	180,5	169,9	o) 180,5	182,4	176,4
Bauhauptgewerbe	"	"	"														
Brutto-Produktionsindex ⁴⁾	BRD *)	1958 = 100	D	153,8	159,9	169,5	141,5	148,2	154,3	162,4	159,6	165,6	141,7	122,5	o) 145,4	147,7	157,2
Investitionsgüter (ohne Pkw)	"	"	"	178,2	182,8	154,6	160,9	164,2	167,4	175,4	169,5	162,2	145,8	129,4	o) 169,4	174,0	176,9
Verbrauchsgüter (ohne Pkw)	"	"	"														
Produktion	BRD	Mill. kWh	S	14832	15764	16041	16111	14170	15699	13959	13142	12907	13094	13098	14247	15761	.
Elektrizitätserzeugung ⁵⁾	"	"	"														
Steinkohle ⁶⁾	"	1000 t	"	11099	10881	11096	11164	10561	11709	10455	10466	10708	10007	10260	o) 10341	o) 9782	10359
Koks	"	"	"	3214	3094	3135	3214	2876	3121	2965	3077	2938	2985	2864	2719	2777	2730
Braunkohle, roh	"	"	"	9194	9524	9498	9411	7115	7582	7774	7946	7877	7938	7992	o) 8724	8833	8673
Erdölförderung	"	"	"	679	655	676	665	599	671	649	670	645	663	664	643	674	653
Erdgasförderung	"	"	"	205	236	246	279	234	263	224	209	197	184	181	180	249	302
Benzin	"	"	"	834	814	833	879	750	836	797	879	925	919	954	901	870	890
Heizölherzeugn. (einschl. Eigenverbr.)	"	"	"	3071	3319	3618	3968	3398	3518	3363	3497	3515	3494	3378	3411	3110	3730
Natursteine	"	"	"	o) 10614	8071	6649	2398	3913	7203	7338	8784	9196	9712	10089	o) 10823	9791	8412
Zement	"	"	"	3628	2461	1891	1024	1989	3255	3186	3523	3317	3533	3389	o) 3393	3469	2679
Gebrannter Kalk ⁷⁾	"	"	"	1005	790	681	627	707	968	848	950	939	970	957	o) 1011	969	800
Mauerziegel	"	1000 cbm	"	1491	1322	1129	685	672	1096	1209	1381	1450	1465	1495	o) 1443	1360	1358
Dachziegel	"	1000 Stck.	"	51601	49543	51422	42521	41324	49086	45657	48351	48697	49489	53348	o) 53532	53355	50193
Isolier- und Leichtbauplatten ⁸⁾ . .	"	1000 qm	"	4618	4211	3221	2876	3463	4886	4304	4369	4240	4583	4486	o) 4595	4269	3901
Eisenerz	"	1000 t	"	907	915	849	857	817	872	785	785	806	764	807	801	779	757
Roheisen u. Hochofenferroleg. . . .	"	"	"	2231	2142	2037	2133	2065	2297	2118	2199	2212	2276	2198	o) 2034	2026	1988
Stahlrohblöcke und -brammen	"	"	"	3042	2879	2649	2909	2854	3223	2892	3026	3088	3099	2992	2780	2765	2696
Walzstahl	"	"	"	2069	2002	1887	1949	1928	2313	2017	2121	2130	2138	2075	o) 1092	o) 1923	1827
Hüttenaluminium (Elektrolyse) . . .	"	t	"	20314	19400	20387	20455	18587	20806	20119	20680	20205	20695	20573	20026	20705	20141
Elektrolytkupfer	"	"	"	22829	22399	23434	21082	19471	22742	22060	22194	21192	21332	21496	20974	20800	20606
Rohzink ⁹⁾	"	"	"	14284	13742	13533	15603	13376	13643	14871	16232	14347	14696	14830	14105	13922	14698
Hüttenblei	"	"	"	20198	21595	21304	18878	20301	21201	21554	20058	19532	19202	18725	18851	19664	25414
Schwefelsäure (SO ₃ Inh.)	"	1000 t	"	253	246	260	257	232	252	238	267	266	271	265	o) 268	270	263
Soda (Na ₂ CO ₃ Inh.)	"	"	"	98,4	96,6	101,7	102,2	94,6	98,8	101,5	98,4	96,5	105,0	104,8	92,5	102,2	93,9
Chlor (Primärproduktion)	"	"	"	94,4	90,6	91,8	96,9	90,3	98,1	101,1	103,2	99,6	104,9	103,9	o) 1041	106,6	108,4
Stickstoff-Düngemittel (N Inh.) . . .	"	"	"	117,4	116,6	123,3	122,0	109,5	122,7	118,9	123,0	117,6	121,7	122,7	117,6	123,4	123,3
Phosphat-Düngemittel (P ₂ O ₅ Inh.) . .	"	"	"	84,9	76,3	75,3	81,9	67,8	74,3	71,6	84,3	81,2	82,9	83,3	79,1	83,2	76,2
Kunststoffe	"	"	"	172,0	o) 173,7	171,8	173,5	167,1	189,0	188,4	195,4	191,2	188,6	o) 180,4	o) 192,5	204,3	203,7
Zellwolle	"	"	"	17,7	17,2	14,0	15,5	16,3	19,3	17,7	18,5	17,9	14,1	12,6	17,6	19,2	18,2
Reyon	"	"	"	6,5	6,6	5,8	6,4	6,2	7,1	6,1	6,5	6,8	6,6	6,6	6,4	6,8	6,6
Synthetische Fasern	"	"	"	15,7	16,3	16,9	16,9	16,6	18,9	17,5	18,6	18,6	17,6	17,3	o) 16,9	17,4	17,4
Papier und Pappe	"	"	"	o) 366,9	354,1	336,7	335,4	346,1	392,7	331,4	344,8	360,2	371,2	373,2	o) 369,0	371,9	362,8
Metallbearbeitungsmaschinen ^{10) 11)}	"	t	S	o) 29349	29645	39817	23394	23762	31924	28623	29293	30650	29612	24741	o) 27840	25599	27474
Masch.- u. Präzisionswerkzeuge . . .	"	"	"	4803	4942	5474	4346	4656	5699	5230	5336	6216	5052	4050	o) 5517	4908	4576
Masch. für die Bauwirtschaft ^{10) 11)}	"	"	"	30800	28418	28603	22635	27834	37817	32044	32108	32999	27162	24246	o) 23374	19970	18233
Landmasch. u. Ackerschlepper	"	"	"	o) 53639	48238	50828	52208	59200	72727	60950	63340	57824	46808	33991	o) 47817	48303	48838
Büromaschinen ^{10) 11)}	"	"	"	3215	3497	3844	3046	3326	3672	3533	3614	3613	3356	2463	o) 3910	3638	3758
Textilmaschinen ¹¹⁾	"	"	"	9785	10124	10310	8628	9208	10217	9427	9251	9607	9409	8481	o) 8743	9871	9515
Personen- u. Kombiwagen ¹²⁾ . . .	"	Anzahl	"	251282	247488</												

*) D = Gesamtdeutschland, BRD = Bundesrepublik Deutschland einschl. Saarland und Berlin (West), BRD ^o = Bundesrepublik Deutschland einschl. Saarland, ohne Berlin, W-B = Berlin (West), O-B = Berlin (Ost), MD ^o = Mitteldeutschland ohne O-B, MD ^o = Mitteldeutschland einschl. O-B. — [†]) E = Monatsende, M = Monatsmitte, S = Monatsumme, D = Monatsdurchschnitt, VD = Vierteljahrsdurchschnitt. *Kursive* Zahlen: Vorläufig oder geschätzt. ^o) Berichtigte Zahl.

Soweit es sich nicht um Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung handelt, entstammen die Angaben folgenden Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden. — Statistisches Landesamt Berlin. — Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Nürnberg. — Zentralverwaltung für Statistik, Berlin (Ost).